Beschluss Pflege und gesundheitliche Versorgung sozial gerecht gestalten

Gremium:	Landesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum:	24.05.2025
Tagesordnungspunkt:	7. Verschiedene Anträge

Antragstext

Unser Gemeinwesen in Mecklenburg-Vorpommern steht vor erheblichen gesundheits- und sozialpolitischen Herausforderungen. Diese werden maßgeblich auch durch den demographischen Wandel hervorgerufen bzw. deutlich durch diesen verschärft. Die Bevölkerungszahl wird bis 2045 landesweit betrachtet um etwa sechs Prozent abnehmen, wobei sich diese Entwicklung regional und in den diversen Altersgruppen sehr unterschiedlich darstellt. Während die kreisfreien Städte Rostock und Schwerin sowie ihr Umland teilweise Bevölkerungszuwächse verzeichnen werden, müssen sich die ländlichen Regionen auf eine noch stärkere Abwanderung und eine weiter zunehmende Überalterung einstellen. Jeder fünfte Mensch in MV ist älter als 65, im Jahr 2030 wird es fast jeder dritte sein.

Die Landesdelegiertenkonferenz stellt fest:

1. Die Anzahl pflegebedürftiger Menschen in Mecklenburg-Vorpommern steigt kontinuierlich an. Während 2015 noch ca. 79.000 Menschen pflegebedürftig waren, sind es heute, 2024, schon etwa 129.000 und in 15 Jahren, im Jahr 2040, etwa 152.000.

2. Die Anzahl der verfügbaren Fachkräfte im Pflege- und Gesundheitswesen in Mecklenburg-Vorpommern ist mit steigender Tendenz unzureichend. Von den aktuell etwa 13.000 Beschäftigten in der ambulanten und den 17.000 Beschäftigten in der stationären Pflege gehen in den kommenden zehn Jahren etwa 20 Prozent in den Ruhestand und müssen ersetzt werden. Bundesweit ist bis 2044 mit einer Lücke von etwa 600.000 Pflegekräften zu rechnen. Bei Fortsetzung der derzeitigen Organisationsstrukturen werden in Mecklenburg-Vorpommern 2045 nur noch 42 Prozent des benötigten Personals in der Altenpflege verfügbar sein.

3. Pflegende Angehörige sind bereits heute viel zu oft mit zu schlechten Rahmenbedingungen und enormer Beanspruchung konfrontiert, die bis zur Überforderung reichen können.

4. Auch informelle Pflegenetzwerke abseits der Familien, in Nachbarschaften, Freundschaften und über ehrenamtliche Vereine, engagieren sich bereits oft über die Grenzen der Belastbarkeit hinaus.

5. Die wirtschaftliche Situation der über 500 ambulanten Pflegedienste ist weiterhin massiv angespannt.

6. Der Notstand in der Pflege spitzt sich durch die Abwanderung jüngerer Menschen weiter zu.

7. Die Menschen in den ländlichen Regionen sind überproportional von Praxisschließungen, langen Wegen zu Fachärzt*innen und einer

unzureichenden Notfallversorgung betroffen. Dadurch manifestieren sich abseits der größeren Städte geringere Zugangschancen zu Pflegeangeboten, Gesundheitsleistungen und sozialer Teilhabe.

8. Besonders betroffen davon sind ältere Menschen in den Städten und im ländlichen Raum, die marginalisierten Gruppen angehören, unter anderem ältere Menschen mit geringem Einkommen, Alleinstehende und Menschen mit Behinderungen.

Auch in dieser schwierigen Lage gilt:

Für uns BÜNDNISGRÜNE ist die Würde aller Menschen in allen Altersgruppen in allen Regionen und in allen gesundheitlichen Lagen unverhandelbar. Wir haben den Anspruch, allen älteren Menschen eine gute Pflege, eine umfassende gesundheitliche Versorgung, soziale Sicherheit und eine hohe Lebensqualität zu ermöglichen, indem wir den dafür nötigen Rahmen schaffen.

Die Landesdelegiertenkonferenz fordert:

Die Pflegelandschaft stärken - Angebote flächendeckend sichern

1. Weiterentwicklung und Ausbau der aktuell 19 Pflegestützpunkte in MV zu einem Pflege-Netzwerk mit mobilen Teams, die präventive Hausbesuche, Beratung und Koordination von Pflegeleistungen auch in ländlichen Räumen sicherstellen.

2. Beschleunigung und Verbesserung der Anerkennungsverfahren für ausländische Berufsabschlüsse und mehr Möglichkeiten zur Nachqualifikation.

3. Förderung der Arbeit multiprofessioneller Teams aus Pflegefachpersonal, Ärzt*innen und Gesundheitsfachberufen unter Einbeziehung von Angehörigen.

4. Förderung der Digitalisierung der Pflege mit Schwerpunkt auf telemedizinische Unterstützung, digitale Dokumentation und Assistenzsysteme für häusliche Pflege.

5. Die in MV vorhandenen Ausbildungskapazitäten effektiver als bisher zur Gewinnung von Fachkräften für MV nutzen. Hierzu Steigerung der Attraktivität der Ausbildungsformen und Erhöhung der Anreize, nach der Ausbildung in MV zu bleiben u.a. durch bessere und geschlechtergerechte Löhne.

6. Einrichtung eines Landesnetzwerks für Pflegeforschung und -innovation.

7. Förderung gemeinschaftlicher Pflegekonzepte in unterversorgten Regionen, nachbarschaftlicher Unterstützungsstrukturen, von Pflege-WGs,

intergenerativem, integriertem und betreuten Wohnen sowie Seniorentagesstätten mit Pflegeangebot.

8. Sicherstellung einer bedarfsgerechten Anzahl an Kurzzeitpflegeplätzen in jedem Landkreis.

9. Förderung der kultursensiblen Pflege durch spezielle Qualifizierungsangebote und Unterstützung mehrsprachiger Beratungsangebote.

Gesundheitliche Versorgung für alle erreichbar machen - niemand wird abgehängt

1. Aufbau eines flächendeckenden Netzes von regionalen Gesundheitszentren mit interdisziplinären Teams aus Ärzt*innen, Pflegekräften und Therapeut*innen in jedem Mittelzentrum.

2. Etablierung von „Community Health Nurses" in jedem Landkreis zur besseren Versorgung in der Fläche.

3. Förderung von mobilen Praxen und der Mobilität des ärztlichen und pflegerischen Personals in unterversorgten Gebieten.

4. Förderung der sektorenübergreifenden Versorgung durch Modellprojekte nach § 64a SGB V mit besonderem Fokus auf chronisch Kranke und multimorbide Patient*innen. Evaluierte und bewährte Modellprojekte werden in die Regelversorgung übernommen.

5. Gewährleistung einer flächendeckenden psychotherapeutischen Versorgung mit direktem Zugang zu psychotherapeutischen Hilfsangeboten, sowie ein konsequentes Überwinden der Hürden in der Ausbildung von Psychotherapeut*innen in MV.

6. Eine 1zu1-Betreuungsgarantie durch Hebammen unter der Geburt für alle Frauen, eine umfassende Förderung freiberuflicher Hebammenhilfe sowie der Erhalt aller noch vorhandenen Geburtskliniken in MV.

7. Umfassende Stärkung der Gesundheitskompetenz „in der Bevölkerung", „durch effektive, zielgruppengerechte Informationskonzepte" und durch höhere Kommunikationskompetenz der im Gesundheitswesen Tätigen.

8. Förderung der kommunalen Gesundheitsplanung (ÖGD) durch die Verpflichtung, regionale Gesundheitskonferenzen unter Beteiligung aller relevanten Akteur*innen durchzuführen.

Sozial gerecht handeln - den gesellschaftlichen Zusammenhalt sichern

1. Einrichtung von Sozialberatungszentren, in denen sich alle Menschen barrierefrei darüber informieren können, welche staatlichen Leistungen sie in Anspruch nehmen können.

2. Digitale Teilhabe für alle durch Schulungen und Leihgeräte für ältere und einkommensschwache Menschen zur Nutzung telemedizinischer Angebote - flächendeckende Einrichtung von sog. Gesundheitskiosken.

3. Förderung der Ausbildung von Gesundheitslots*innen in sozialen Brennpunkten und ländlichen Gemeinden zur Unterstützung bei der Navigation durch das Gesundheitssystem.

4. Einführung eines Landesprogramms zur Barrierefreiheit in allen Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen mit konkreten Zeitvorgaben und finanzieller Unterstützung.

5. Förderung von Selbsthilfegruppen, Patientenorganisationen und Beratungsstrukturen mit besonderem Fokus auf ländliche Regionen.

6. Entwicklung eines Konzepts „Gesunde Quartiere" zur Förderung gesundheitsförderlicher Lebenswelten in benachteiligten Stadtteilen und kleinen Gemeinden.

7. Einrichtung eines Landesfonds zur Unterstützung pflegender Angehöriger mit Entlastungsangeboten, Beratung und finanzieller Hilfe.